

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
16 (1902)**

86 (13.4.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-309731](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-309731)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Abt. der kaiserlichen Staatsdruckerei „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat inkl. Frangirung 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; nach die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5439), vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,44 Mk., monatlich 72 Pfg. inkl. Postgebühren.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.
Telephon-Nr. 58.

Interesse werden die fünfspaltigen Copypostblätter deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Interessenten für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition oder in Dübbersberg's Buchhandlung (Süd-Weiden- und Mühlentischstraße) angegeben sein. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 86. Bant, Sonntag den 13. April 1902. 16. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reform des Strafrechts.

Weniger als drei Jahrzehnte ist das Reichsstrafgesetzbuch in Kraft. Schon damals, als es geschaffen wurde, besonders bei den parlamentarischen Beratungen, erhoben hervorragende Juristen und Politiker freistimmig die Frage, ob dieses Strafrecht für die gegenwärtigen öffentlichen Rechtsbewußtsein nicht entsetzlich veraltet sei. Sein Zustandekommen dürfte nur dem lebendigen Umstände zuschreiben, daß Bismarck mit der ganzen Fülle seiner Macht dafür eintrat. So 1. B. bei der Frage der Todesstrafe. Als diese Frage 1870 im Norddeutschen Reichstage zur Debatte stand, waren es Autoritäten auf dem Gebiete des Strafrechts, Schwabe, Widmann u. A., welche sich entschieden gegen den Wahnsinn der Abschreckungstheorie aussprachen. Ersterer erklärte: „Es ist statisch zu beweisen, daß die Furcht der Verbreiter vor der Todesstrafe gar nicht besteht.“ Und er wies nach, daß überall da, wo diese Strafe aufgehoben, die Verbrechen sich nicht vermehrt, sondern vermindert haben. Der sächsisch-Bundesrat's-Bevollmächtigte Klemm führte aus: „Man hält in Sachsen (im Jahre 1868 die Todesstrafe aufgehoben worden) die Zahl der Verbrechen für einen entschiedenen Fortschritt auf dem Wege der Kultur und des Rechtsbewußtseins. Und die Erfahrungen, die man seit jener Zeit gemacht hat, sprechen wenigstens nicht dagegen.“ Der Reichstag beschloß damals in erster Lesung mit 113 gegen 81 Stimmen die Aufhebung der Todesstrafe. Dann aber muß Bismarck für die Beibehaltung dieser Strafe erfolgreich seine brutale Autorität in die Waagschale.

Die reaktionären Gemüthen haben es im Verlaufe der drei Jahrzehnte leider mehr als ein Mal fertig gebracht, Änderungen des Strafrechts in reaktionärem Sinne herbeizuführen, so diejenige des Jahres 1876. Auch sie erinnern an die lex Krainz, den Rangparagrafen, den Dudenparagrafen. Die sehr unständlichen sogenannten Paragrafen-„Reformen“, die mit der Unklarheit der Strafrechtsvorschriften verbunden waren, sind glücklicher Weise gescheitert, und von der berechtigten lex Krainz ist nur ein kleiner Rest in das Strafrecht übergegangen.

Die zwölfjährige Verjährung des Ausnahmegeretzes gegen die Sozialdemokratie war den auf eine gründliche und umfassende Revision des Strafrechts gerichteten Bestrebungen nicht günstig. Aber mit dem Fall dieses Gesetzes gewann die Reform-Propaganda neue Kraft; immer weitere Kreise des Volkes wurden von ihr ergriffen. Die rigorose, oft geradezu brutale Handhabung des Sozialistengesetzes durch Polizei und Justiz hatte zur Aufrechterhaltung und Wässerung des Rechtsbewußtseins im Volke erheblich beigetragen. Nicht mindere Förderung erfuhr die Bewegung durch die Unsummen politischer Prozesse aller Art, besonders der Majestätsbeleidigungsprozesse, die im Verlaufe der letzten zehn Jahre als eine Folge des öffentlichen Aufstretens sozialistischer Faktoren sich abspielten.

In jeder Session des Reichstages ist seit dem Jahre 1890 die Frage des Strafrechts erörtert worden. Sie gewann an Bedeutung dadurch, daß die Reichsregierung eine Reihe großer Aufgaben erledigte, so die Robifikation des bürgerlichen Rechts und die damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängende Regelung anderer Materien. Die Regierung hat in den letzten Jahren im Reichstage wiederholt erklärt, daß sie nach Abschluß der Gesetzgebung über das bürgerliche Recht zu der Reform des Strafrechts übergehen werde.

Es geht nun man verzeiht auf die Erfüllung dieses Versprechens gewartet; ohne Zweifel hat die Regierung immer noch nicht ihre Vorarbeiten für einen Entwurf beendet; ja, es sind in parlamentarischen Kreisen Stimmen laut geworden, die da meinen, sie habe sich über ihre Stellung zu den einzelnen Revisionsfragen noch nicht recht schlichtig gemacht.

Das ist durchaus glaubhaft. Man kann angeben, daß die Regierung sich in einer schwierigen Lage befindet, und zwar deshalb, weil sie eine reaktionäre Regierung ist, die einer freisinnlichen,

wahrhaft humanitären und kulturellen Revision des Strafrechts entschieden widerstrebt und lieber eine „Reform“ im entgegengelegten Sinne herbeiführen möchte. An Selbstbestimmern fehlt es ihr ja leider nicht. Mit wachsendem Fanatismus sind 1. B. die Konserwativen darüber aus, angeblich „im Interesse der schwer bedrohten öffentlichen Ordnung“, eine Verschärfung der Freiheitsstrafen und die Wieder Einführung der Prügelstrafe durchzuführen. Sie behaupten, diese „Reform“ sei notwendig, um der „Macht der Volksmassen“ entgegen zu wirken. Nach ihrer Ansicht ist die Volksmasse „brutal“, „böswillig“ und „mit verbrecherischen Neigungen erfüllt“, auf dem alleruntersten Niveau der Moralität stehend.

Dem gegenüber geht das wahrhaft reformatorische Bestreben dahin, das Strafrecht einschließlich des Strafvollzuges immer mehr den Geboten der Humanität entsprechend zu gestalten. Eine ganze Reihe von Strafen und Strafvollzugsarten, die barbarisch, ungerichtet, unvernünftig und unangemessen sind, müssen beseitigt werden.

Da steht in erster Linie die vor Erfindung des deutschen Reiches in mehreren der jetzigen Bundesstaaten bereits beseitigte gewesene Todesstrafe, aber deren Ausnahme in das Reichsstrafgesetzbuch nur oben kurz berührt haben. Für die Zulässigkeit dieser Strafe läßt sich nicht ein einziger sichhaltiger Grund geltend machen; sie widerspricht allen Erwägungen, die für eine gute Strafrechtsreform im Geiste der Gerechtigkeit in Betracht kommen. Schon allein unter dem Gesichtspunkte, daß sie das schlimmste aller Verbrechen, den Selbstmord, möglich macht, ist sie entschieden zu verwerfen. Unzweifelhaft ist der Selbstmord viel häufiger, als man allgemein glaubt, zumal das Selbstmord die Verurteilten nicht erforderlich ist, das Todesurteil an ihm vollziehen zu lassen. Viele hervorragende Kriminalisten haben seit etwa anderthalbhundert Jahren — seit Becaria seine berühmte Schrift über die Verbrechen und Strafen veröffentlicht — gegen die Todesstrafe die Überzeugung geltend gemacht, daß eine absolute Überzeugung der Schuld unmöglich zu erlangen ist. Ja, es giebt Beweise dafür, daß selbst das Bestehen des Angeklagten diese Gewissheit nicht zu bieten vermag. Fragt man aber überhaupt nach der Schuld des Verbreiters, dem das Gesetz den Tod droht, so sollte man immer und in erster Linie nach seiner psychologischen Zurechnungsfähigkeit fragen, also in einem viel weiteren Sinne, als die moderne Kriminalpsychologie es thut. In dem Entwurf des jährlichen Regierungsrates Berg, welchem der Ranton die 1868 erfolgte Aufhebung der Todesstrafe verdankt, heißt es: „Dem Verbreiten des Mordes liegt eine Krankheit der Seele zu Grunde, deren Heilung der Gesetzgeber zu erzielen hat. Das aber geschieht durch die Todesstrafe nicht.“ Ehe man den Verbreiter fragt: „Was hast Du getan?“ sollte man fragen: „Was hat die Gesellschaft an diesem Menschen geleistet?“ Für jedes Verbrechen trägt die Gesellschaft eine Mitschuld, für das schwerste die größte; sie hat kein sittliches Recht, den Verbreiter zu vernichten. Geschichte und Statistik weisen deutlich nach, daß die Todesstrafe durch den kulturellen Fortschritt dem Untergange verfallen ist; sie wird nur dem theologischen Wahn und der „politischen Propaganda“ zu Liebe künstlich gehalten, nachdem sie im Rechtsbewußtsein des Volkes längst erloschen ist. Im Laufe der Zeit ist in jedem neuen Gesetzgebung der Kreis der mit dem Tode bedrohten Handlungen mehr eingeengt worden. Im sechzehnten Jahrhundert mied dieser Kreis weit über hundert Fälle auf, zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts noch etwa zwanzig, und das jetzige deutsche Strafrecht kennt die Todesstrafe nur noch für den äußersten Fall des Hochverrats (Mord oder Mordversuch am Kaiser oder dem Landesherren), sowie für den Fall der vorerwähnten und mit Überzeugung ausgeführten Tötung eines Menschen. Das ist auch für die Fälle und damit überhaupt beseitigt wird, ist nur noch eine Frage der Zeit. Fallen muß jede Strafe, die im Rechtsbewußtsein des Volkes keinen Boden mehr findet.

tragen, die bisherigen Forderungen wieder einzuführen, beantragen die Agrarier eine Forderung von 60 Mk. über die Höhe der Vorgabe hinaus. Der Zoll soll gekürzt sein um 30—360 Mk. betragen. An die 30 Mk. soll aber die Regierung als Minimalzoll gebunden sein. Graf Polakowsky wandte sich mit der Einsicht gegen den agrarischen Antrag. Er hat endlich eingesehen, daß er den Agrariern Zucht ist und sagte daher: Er ergebe mit einer gewissen Bangigkeit das Wort. Nachdem die Mehrheit der Kommission trotz seiner Warnung beim Ausschusse den Vorschlag der Regierung so erheblich überschritten hätte, sei er etwas miträumlich geworden in Bezug auf die Wirkung seiner Forderungen. Ihn befehle nur der Wunsch, im Interesse der Landwirtschaft und Industrie eine neue Grundlage für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen, aber ohne Verschärfung unserer handelspolitischen Bestimmungen. Die vorgeschlagenen Sätze seien unzulässig. Ebenso unmöglich sei die Zollbindung. Abg. Dr. Pöschke (Hbg.) fragte nach dem Ergebnis der Handlung des Grafen Polakowsky. Dieser sagte jedoch eine Beantwortung dieser Frage mit dem Bemerkten ab, daß man sich nicht in die Affen lassen lassen würde. Dann wurde der agrarische Antrag angenommen. Bei dem Titel „Kaufleute“ waren die Herren Agrarier so gnädig, den Satz der Regierungsvorlage zu acceptieren. Für Hiel hat die Vorlage einen Satz von 5 Mk. vorgezogen. Die Agrarier warfen sich nun den „Spott“, für den Antrag der Sozialdemokraten auf Zollfreiheit zu stimmen. In der Abstimmungsgeschichte wurden die Beschlüsse beraten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Stadthagen. Der Reichstag erklärte, daß während der Rede Webers die Zollfreiheit die Abg. Herold, v. Schwerin und Wangenheim sich ganz laut unterhielten. Die Regierungsvorläufer kämpften fünf Mann hoch gegen die Angriffe der Agrarier auf Erhöhung der Sätze der Regierungsvorlage und allgemeine Durchführung der Gewichtsölle. Der Antrag Gamp wurde mit dem Amendement Rat angenommen. Dennoch soll einseitig für Rindvieh ein Zoll von 18 Mk. für den Doppelpennner Lebensgewicht erhoben und der Zoll durch die Handelsverträge nicht um mehr als 20 Pfg. ermäßigt werden. Das Amendement Satz will allgemein für die Bewohner des Grenzgebietes, nicht bloß, wie es in der Regierungsvorlage heißt, während der ersten sechs Jahre der Geltung des Tarifs, Zugochsen für den eigenen Wirtschaftsbetrieb zu einem Einheitszoll einführen. Zu den Freizöllern haben die Agrarier folgende neue Entwürfe auf Zollfreiheit gestellt. Für Butter aus Fleisch von Vieh, Federzoll, Milch soll ein Zoll von 70 Pfg. für den Doppelpennner erhoben werden. In Positionen 131 sollen für Milch 3 Mk., Rahm 15. Pfg. eingehandelt werden. Buttermilch und Rollen sind frei. In der Vorlage wurde Zollfreiheit gewährt. Bei Butter soll der Satz des Entwurfs von 30 auf 35 Pfg. erhöht werden. Für Federzoll, Dünger aller Art werden 16 Pfg. beantragt, in der Vorlage sind angelegt 6 Pfg.

Am Freitag wurde die Beratung des Eisenbahntarifs fortgesetzt. Die Tariffragen waren hauptsächlich Gegenstand der Verhandlung. Der Freisinnige Dr. Cäzler trat nochmals für eine Reform der Personen- und Gütertarife ein. Der Eisenbahnminister ging auf die Reform des Personentarifs gar nicht ein und verteidigte nur die bestehenden Gütertarife. Herr v. Bülow bekämpfte desto lebhafter die Erhaltung der Personentarife, verlangte aber Erhaltung der Gütertarife. Der Reichstag waren Eisenbahnschmerzener zahlreicher Abgeordneter und eine Volksdebatte.

Ein Bericht auf seine Wahl als Bürgermeister soll Herr Stadtrat Kaufmann von der Helldahl-Schönberg aus an die Berliner Stadtvorstandsvorversammlung haben gelangen lassen. Es befiel jedoch selbst auf sehr reaktionärer Seite Zweifel, ob der Bericht als rechtig anzusehen ist. Es befiel nämlich auch Zweifel, ob Kaufmann bei vollen Geisteskräften das Bericht schreiben, da sonst jemand verfaßt, unterschrieben hat. Die Stadtvorstandsvorversammlung hat in einer Geheimung von dem Schreiben Kenntnis genommen, aber einen Beschluß nicht gefaßt. Natürlich giebt dieser Zwischenfall zu allerlei Vermutungen von Treibereien

Anlass, um Kaufmann zu bewegen, daß er von der Wahl zurücktrete. Die „liberalen“ Blätter, wie die „Völkische Ztg.“ und das „Berl. Ztbl.“, frohlocken schon, daß der „Fall Kaufmann“ so „nett“ aus der Welt geschafft sei und preisen die Entlassung Kaufmanns. Der „Vorwärts“ und die „Berl. Volksz.“ üben an diesem abschließlichen Gebahren scharfe Kritik.

Zur Feindespolitik. Anlässlich der Thatsache, daß dem verstorbenen Zentrumsführer Lieber hohe Bezeichnungen für seine Flottenliebe angeboten worden sind, erinnert die „Freie Ztg.“ daran, daß das Bismarckium durchaus nicht vereinigt besteht. Bischoff opponierte dem regierungstreuen Parlamentarier zum Finanzminister, Herr von Walpahn zum Regierungsdirektor außer Diensten zum Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, v. Walpahn war vorher Vorsitzender in der Budgetkommission des Reichstages gewesen, ebenso wie General a. D. v. Bobbielst Referent der Budgetkommission über den Militäretat. Bobbielst wurde sogar plötzlich Staatssekretär des Reichspostamtes. Herr Müller ist Handelsminister geworden, ohne ein Staatsamt vorher begleitet zu haben, auch er hat der Regierung wichtige Dienste im Parlament geleistet. Der konservative Abg. Buchta, der bis dahin nicht über die Olfen hinausgekommen war, wurde Direktor des Kolonialamtes. Sein Nachfolger wäre der Abg. Prinz von Arenberg geworden, wenn er das Anerbieten angenommen hätte.

Gegen die Fortsetzung der Tarifreform hat der sächsische Finanzminister in einem an die beteiligten Minister gerichteten Rundschreiben Stellung genommen. Dieses Rundschreiben ist ein klassischer Beleg für die von uns schon so oft herorgehobene Thatsache, daß die deutschen Verkehrsminister bis zu dieser Stunde sich über die Grundzüge einer wirklich rationalen Verkehrsreform noch nicht klar geworden sind. Dieser sächsische Herr Finanzminister vertritt sich in seinem Rundschreiben bis zu der Behauptung, daß man eher auf Tarifänderungen bedacht sein müsse, da durch Tarifermäßigungen eine Verschärfung der Absteuergesetze bewirkt werde, was — und nun kommt das U. Begreifliche —, weil auch dem Auslande zu gute kommende, bis zu einem gewissen Grade den jetzt für große Produktionsgruppen als nötig erkannten Zollschutz illusorisch zu machen geeignet sei. — Man sollte es nicht für möglich halten, daß einem sächsischen Finanzminister, dem zugleich das Verkehrsministerium übersteht, die Thatsache unbekannt geblieben ist, daß das direkte Gegenstück von dem, was er behauptet, richtig ist. Der „Zell-Kauf“ kann durch Tarifherabsetzungen des Auslandes ganz oder teilweise illusorisch gemacht werden. Das ist es ja, das Amerika mittels seiner niederen Tarife der deutschen Landwirtschaft große Konkurrenz zu machen in der Lage ist. In Preußen sind jetzt schon die Frachten um 100 Pfg. höher als in Amerika. Und da kommt so ein sächsischer Finanzminister und will den Zollschutz durch hohe Tarife kräftigen! Dieser Vorgang ist auch wieder ein Beweis für die Unbillbarkeit des jetzigen Zustandes, monach ein Harboval Bureaukranten, die vom Reichsweisen noch ähnliche Vorstellungen haben, die Tarifpolitik vollständig beherrschen und nach Belieben schalten und wälten können. Wann werden endlich die deutschen Volkswirtschaften sich aufreissen und diesem für die deutsche Volkswirtschaft schwer Gefahr drohenden Zustand den Krieg erklären? Wann, wann endlich werden sie es thun?

Die Ungültigkeit der Söbinger Wahl stellt sich immer zweifelhafter heraus. Nach der „Allpreuss. Ztg.“ wurde in einem Besondere des Reiches Warburg an drei aufeinander folgenden Tagen von der Ranzel herunter gepörrt, wer den Sozialdemokraten wählte, könne auch bei den Sozialdemokraten zum Abendmahl gehen. Im v. Wahlbesitz in Söbinger sollen zwei zusammengelegte, auf den Namen König Lauterbach und von einem Wähler abgegebene Zettel beide für ungültig erklärt worden sein, während im 1. Wahlbesitz von zwei ebenfalls zusammengelegten auf Jägermann lautenden Stimmenträger einer für gültig erklärt wurde. — Bei der geringen Mehrheit des „Sieges“ muß auch der sächsische, das Wahlergebnis beeinflussende Fehler die Ungültigkeitserklärung zur Folge haben.

Nach ein v. d. Rede. Unserm Oesterle

Die zwölfjährige Verjährung des Ausnahmegeretzes gegen die Sozialdemokratie war den auf eine gründliche und umfassende Revision des Strafrechts gerichteten Bestrebungen nicht günstig. Aber mit dem Fall dieses Gesetzes gewann die Reform-Propaganda neue Kraft; immer weitere Kreise des Volkes wurden von ihr ergriffen. Die rigorose, oft geradezu brutale Handhabung des Sozialistengesetzes durch Polizei und Justiz hatte zur Aufrechterhaltung und Wässerung des Rechtsbewußtseins im Volke erheblich beigetragen. Nicht mindere Förderung erfuhr die Bewegung durch die Unsummen politischer Prozesse aller Art, besonders der Majestätsbeleidigungsprozesse, die im Verlaufe der letzten zehn Jahre als eine Folge des öffentlichen Aufstretens sozialistischer Faktoren sich abspielten.

In jeder Session des Reichstages ist seit dem Jahre 1890 die Frage des Strafrechts erörtert worden. Sie gewann an Bedeutung dadurch, daß die Reichsregierung eine Reihe großer Aufgaben erledigte, so die Robifikation des bürgerlichen Rechts und die damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängende Regelung anderer Materien. Die Regierung hat in den letzten Jahren im Reichstage wiederholt erklärt, daß sie nach Abschluß der Gesetzgebung über das bürgerliche Recht zu der Reform des Strafrechts übergehen werde.

Es geht nun man verzeiht auf die Erfüllung dieses Versprechens gewartet; ohne Zweifel hat die Regierung immer noch nicht ihre Vorarbeiten für einen Entwurf beendet; ja, es sind in parlamentarischen Kreisen Stimmen laut geworden, die da meinen, sie habe sich über ihre Stellung zu den einzelnen Revisionsfragen noch nicht recht schlichtig gemacht.

Das ist durchaus glaubhaft. Man kann angeben, daß die Regierung sich in einer schwierigen Lage befindet, und zwar deshalb, weil sie eine reaktionäre Regierung ist, die einer freisinnlichen,

wahrhaft humanitären und kulturellen Revision des Strafrechts entschieden widerstrebt und lieber eine „Reform“ im entgegengelegten Sinne herbeiführen möchte. An Selbstbestimmern fehlt es ihr ja leider nicht. Mit wachsendem Fanatismus sind 1. B. die Konserwativen darüber aus, angeblich „im Interesse der schwer bedrohten öffentlichen Ordnung“, eine Verschärfung der Freiheitsstrafen und die Wieder Einführung der Prügelstrafe durchzuführen. Sie behaupten, diese „Reform“ sei notwendig, um der „Macht der Volksmassen“ entgegen zu wirken. Nach ihrer Ansicht ist die Volksmasse „brutal“, „böswillig“ und „mit verbrecherischen Neigungen erfüllt“, auf dem alleruntersten Niveau der Moralität stehend.

Dem gegenüber geht das wahrhaft reformatorische Bestreben dahin, das Strafrecht einschließlich des Strafvollzuges immer mehr den Geboten der Humanität entsprechend zu gestalten. Eine ganze Reihe von Strafen und Strafvollzugsarten, die barbarisch, ungerichtet, unvernünftig und unangemessen sind, müssen beseitigt werden.

Da steht in erster Linie die vor Erfindung des deutschen Reiches in mehreren der jetzigen Bundesstaaten bereits beseitigte gewesene Todesstrafe, aber deren Ausnahme in das Reichsstrafgesetzbuch nur oben kurz berührt haben. Für die Zulässigkeit dieser Strafe läßt sich nicht ein einziger sichhaltiger Grund geltend machen; sie widerspricht allen Erwägungen, die für eine gute Strafrechtsreform im Geiste der Gerechtigkeit in Betracht kommen. Schon allein unter dem Gesichtspunkte, daß sie das schlimmste aller Verbrechen, den Selbstmord, möglich macht, ist sie entschieden zu verwerfen. Unzweifelhaft ist der Selbstmord viel häufiger, als man allgemein glaubt, zumal das Selbstmord die Verurteilten nicht erforderlich ist, das Todesurteil an ihm vollziehen zu lassen. Viele hervorragende Kriminalisten haben seit etwa anderthalbhundert Jahren — seit Becaria seine berühmte Schrift über die Verbrechen und Strafen veröffentlicht — gegen die Todesstrafe die Überzeugung geltend gemacht, daß eine absolute Überzeugung der Schuld unmöglich zu erlangen ist. Ja, es giebt Beweise dafür, daß selbst das Bestehen des Angeklagten diese Gewissheit nicht zu bieten vermag. Fragt man aber überhaupt nach der Schuld des Verbreiters, dem das Gesetz den Tod droht, so sollte man immer und in erster Linie nach seiner psychologischen Zurechnungsfähigkeit fragen, also in einem viel weiteren Sinne, als die moderne Kriminalpsychologie es thut. In dem Entwurf des jährlichen Regierungsrates Berg, welchem der Ranton die 1868 erfolgte Aufhebung der Todesstrafe verdankt, heißt es: „Dem Verbreiten des Mordes liegt eine Krankheit der Seele zu Grunde, deren Heilung der Gesetzgeber zu erzielen hat. Das aber geschieht durch die Todesstrafe nicht.“ Ehe man den Verbreiter fragt: „Was hast Du getan?“ sollte man fragen: „Was hat die Gesellschaft an diesem Menschen geleistet?“ Für jedes Verbrechen trägt die Gesellschaft eine Mitschuld, für das schwerste die größte; sie hat kein sittliches Recht, den Verbreiter zu vernichten. Geschichte und Statistik weisen deutlich nach, daß die Todesstrafe durch den kulturellen Fortschritt dem Untergange verfallen ist; sie wird nur dem theologischen Wahn und der „politischen Propaganda“ zu Liebe künstlich gehalten, nachdem sie im Rechtsbewußtsein des Volkes längst erloschen ist. Im Laufe der Zeit ist in jedem neuen Gesetzgebung der Kreis der mit dem Tode bedrohten Handlungen mehr eingeengt worden. Im sechzehnten Jahrhundert mied dieser Kreis weit über hundert Fälle auf, zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts noch etwa zwanzig, und das jetzige deutsche Strafrecht kennt die Todesstrafe nur noch für den äußersten Fall des Hochverrats (Mord oder Mordversuch am Kaiser oder dem Landesherren), sowie für den Fall der vorerwähnten und mit Überzeugung ausgeführten Tötung eines Menschen. Das ist auch für die Fälle und damit überhaupt beseitigt wird, ist nur noch eine Frage der Zeit. Fallen muß jede Strafe, die im Rechtsbewußtsein des Volkes keinen Boden mehr findet.

tragen, die bisherigen Forderungen wieder einzuführen, beantragen die Agrarier eine Forderung von 60 Mk. über die Höhe der Vorgabe hinaus. Der Zoll soll gekürzt sein um 30—360 Mk. betragen. An die 30 Mk. soll aber die Regierung als Minimalzoll gebunden sein. Graf Polakowsky wandte sich mit der Einsicht gegen den agrarischen Antrag. Er hat endlich eingesehen, daß er den Agrariern Zucht ist und sagte daher: Er ergebe mit einer gewissen Bangigkeit das Wort. Nachdem die Mehrheit der Kommission trotz seiner Warnung beim Ausschusse den Vorschlag der Regierung so erheblich überschritten hätte, sei er etwas miträumlich geworden in Bezug auf die Wirkung seiner Forderungen. Ihn befehle nur der Wunsch, im Interesse der Landwirtschaft und Industrie eine neue Grundlage für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu schaffen, aber ohne Verschärfung unserer handelspolitischen Bestimmungen. Die vorgeschlagenen Sätze seien unzulässig. Ebenso unmöglich sei die Zollbindung. Abg. Dr. Pöschke (Hbg.) fragte nach dem Ergebnis der Handlung des Grafen Polakowsky. Dieser sagte jedoch eine Beantwortung dieser Frage mit dem Bemerkten ab, daß man sich nicht in die Affen lassen lassen würde. Dann wurde der agrarische Antrag angenommen. Bei dem Titel „Kaufleute“ waren die Herren Agrarier so gnädig, den Satz der Regierungsvorlage zu acceptieren. Für Hiel hat die Vorlage einen Satz von 5 Mk. vorgezogen. Die Agrarier warfen sich nun den „Spott“, für den Antrag der Sozialdemokraten auf Zollfreiheit zu stimmen. In der Abstimmungsgeschichte wurden die Beschlüsse beraten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Reich und Stadthagen. Der Reichstag erklärte, daß während der Rede Webers die Zollfreiheit die Abg. Herold, v. Schwerin und Wangenheim sich ganz laut unterhielten. Die Regierungsvorläufer kämpften fünf Mann hoch gegen die Angriffe der Agrarier auf Erhöhung der Sätze der Regierungsvorlage und allgemeine Durchführung der Gewichtsölle. Der Antrag Gamp wurde mit dem Amendement Rat angenommen. Dennoch soll einseitig für Rindvieh ein Zoll von 18 Mk. für den Doppelpennner Lebensgewicht erhoben und der Zoll durch die Handelsverträge nicht um mehr als 20 Pfg. ermäßigt werden. Das Amendement Satz will allgemein für die Bewohner des Grenzgebietes, nicht bloß, wie es in der Regierungsvorlage heißt, während der ersten sechs Jahre der Geltung des Tarifs, Zugochsen für den eigenen Wirtschaftsbetrieb zu einem Einheitszoll einführen. Zu den Freizöllern haben die Agrarier folgende neue Entwürfe auf Zollfreiheit gestellt. Für Butter aus Fleisch von Vieh, Federzoll, Milch soll ein Zoll von 70 Pfg. für den Doppelpennner erhoben werden. In Positionen 131 sollen für Milch 3 Mk., Rahm 15. Pfg. eingehandelt werden. Buttermilch und Rollen sind frei. In der Vorlage wurde Zollfreiheit gewährt. Bei Butter soll der Satz des Entwurfs von 30 auf 35 Pfg. erhöht werden. Für Federzoll, Dünger aller Art werden 16 Pfg. beantragt, in der Vorlage sind angelegt 6 Pfg.

Am Freitag wurde die Beratung des Eisenbahntarifs fortgesetzt. Die Tariffragen waren hauptsächlich Gegenstand der Verhandlung. Der Freisinnige Dr. Cäzler trat nochmals für eine Reform der Personen- und Gütertarife ein. Der Eisenbahnminister ging auf die Reform des Personentarifs gar nicht ein und verteidigte nur die bestehenden Gütertarife. Herr v. Bülow bekämpfte desto lebhafter die Erhaltung der Personentarife, verlangte aber Erhaltung der Gütertarife. Der Reichstag waren Eisenbahnschmerzener zahlreicher Abgeordneter und eine Volksdebatte.

Ein Bericht auf seine Wahl als Bürgermeister soll Herr Stadtrat Kaufmann von der Helldahl-Schönberg aus an die Berliner Stadtvorstandsvorversammlung haben gelangen lassen. Es befiel jedoch selbst auf sehr reaktionärer Seite Zweifel, ob der Bericht als rechtig anzusehen ist. Es befiel nämlich auch Zweifel, ob Kaufmann bei vollen Geisteskräften das Bericht schreiben, da sonst jemand verfaßt, unterschrieben hat. Die Stadtvorstandsvorversammlung hat in einer Geheimung von dem Schreiben Kenntnis genommen, aber einen Beschluß nicht gefaßt. Natürlich giebt dieser Zwischenfall zu allerlei Vermutungen von Treibereien

Anlass, um Kaufmann zu bewegen, daß er von der Wahl zurücktrete. Die „liberalen“ Blätter, wie die „Völkische Ztg.“ und das „Berl. Ztbl.“, frohlocken schon, daß der „Fall Kaufmann“ so „nett“ aus der Welt geschafft sei und preisen die Entlassung Kaufmanns. Der „Vorwärts“ und die „Berl. Volksz.“ üben an diesem abschließlichen Gebahren scharfe Kritik.

Zur Feindespolitik. Anlässlich der Thatsache, daß dem verstorbenen Zentrumsführer Lieber hohe Bezeichnungen für seine Flottenliebe angeboten worden sind, erinnert die „Freie Ztg.“ daran, daß das Bismarckium durchaus nicht vereinigt besteht. Bischoff opponierte dem regierungstreuen Parlamentarier zum Finanzminister, Herr von Walpahn zum Regierungsdirektor außer Diensten zum Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, v. Walpahn war vorher Vorsitzender in der Budgetkommission des Reichstages gewesen, ebenso wie General a. D. v. Bobbielst Referent der Budgetkommission über den Militäretat. Bobbielst wurde sogar plötzlich Staatssekretär des Reichspostamtes. Herr Müller ist Handelsminister geworden, ohne ein Staatsamt vorher begleitet zu haben, auch er hat der Regierung wichtige Dienste im Parlament geleistet. Der konservative Abg. Buchta, der bis dahin nicht über die Olfen hinausgekommen war, wurde Direktor des Kolonialamtes. Sein Nachfolger wäre der Abg. Prinz von Arenberg geworden, wenn er das Anerbieten angenommen hätte.

Gegen die Fortsetzung der Tarifreform hat der sächsische Finanzminister in einem an die beteiligten Minister gerichteten Rundschreiben Stellung genommen. Dieses Rundschreiben ist ein klassischer Beleg für die von uns schon so oft herorgehobene Thatsache, daß die deutschen Verkehrsminister bis zu dieser Stunde sich über die Grundzüge einer wirklich rationalen Verkehrsreform noch nicht klar geworden sind. Dieser sächsische Herr Finanzminister vertritt sich in seinem Rundschreiben bis zu der Behauptung, daß man eher auf Tarifänderungen bedacht sein müsse, da durch Tarifermäßigungen eine Verschärfung der Absteuergesetze bewirkt werde, was — und nun kommt das U. Begreifliche —, weil auch dem Auslande zu gute kommende, bis zu einem gewissen Grade den jetzt für große Produktionsgruppen als nötig erkannten Zollschutz illusorisch zu machen geeignet sei. — Man sollte es nicht für möglich halten, daß einem sächsischen Finanzminister, dem zugleich das Verkehrsministerium übersteht, die Thatsache unbekannt geblieben ist, daß das direkte Gegenstück von dem, was er behauptet, richtig ist. Der „Zell-Kauf“ kann durch Tarifherabsetzungen des Auslandes ganz oder teilweise illusorisch gemacht werden. Das ist es ja, das Amerika mittels seiner niederen Tarife der deutschen Landwirtschaft große Konkurrenz zu machen in der Lage ist. In Preußen sind jetzt schon die Frachten um 100 Pfg. höher als in Amerika. Und da kommt so ein sächsischer Finanzminister und will den Zollschutz durch hohe Tarife kräftigen! Dieser Vorgang ist auch wieder ein Beweis für die Unbillbarkeit des jetzigen Zustandes, monach ein Harboval Bureaukranten, die vom Reichsweisen noch ähnliche Vorstellungen haben, die Tarifpolitik vollständig beherrschen und nach Belieben schalten und wälten können. Wann werden endlich die deutschen Volkswirtschaften sich aufreissen und diesem für die deutsche Volkswirtschaft schwer Gefahr drohenden Zustand den Krieg erklären? Wann, wann endlich werden sie es thun?

Die Ungültigkeit der Söbinger Wahl stellt sich immer zweifelhafter heraus. Nach der „Allpreuss. Ztg.“ wurde in einem Besondere des Reiches Warburg an drei aufeinander folgenden Tagen von der Ranzel herunter gepörrt, wer den Sozialdemokraten wählte, könne auch bei den Sozialdemokraten zum Abendmahl gehen. Im v. Wahlbesitz in Söbinger sollen zwei zusammengelegte, auf den Namen König Lauterbach und von einem Wähler abgegebene Zettel beide für ungültig erklärt worden sein, während im 1. Wahlbesitz von zwei ebenfalls zusammengelegten auf Jägermann lautenden Stimmenträger einer für gültig erklärt wurde. — Bei der geringen Mehrheit des „Sieges“ muß auch der sächsische, das Wahlergebnis beeinflussende Fehler die Ungültigkeitserklärung zur Folge haben.

Nach ein v. d. Rede. Unserm Oesterle

Völkische Rundschau.

Deutsches Reich.
Die Zolltarifkommission begann gestern ihre Beratungen bei der Tarifnummer 90 (Weide). Während die freisinnigen Abgeordneten bean-

Patentblatt, dem „Volksblatt“, in folgendes Aktien-Pfad auf's Neuesten Pulver gelassen.

König. Regierung. Weidburg, 14. Febr. 1902.

Wird für die Kinder in der Schule...

Es ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß ein einziger...

Wir erlauben die daher, auf die Lehrer und Lehrerinnen...

Wir behalten uns vor, über die in dieser Angelegenheit...

Freizeiter von der Rede... An sämtliche Königliche Schulinspektoren...

Die Lehrer sind natürlich zu solcher Verbindung, absolut nicht berechtigt...

Wie der freien Rede — kein Mann nehmen sie was dem Mund...

Das sozialistische Gemeinderatsmitglied Häsel wurde verhaftet, weil er als Bürgerpartei sich gemeldet hatte...

Die sozialistischen Frauen und der Militärismus. Der Bund der sozialistischen Frauen hat ein Manifest an die Soldaten...

Ein diplomatischer Konflikt ist zwischen der Schweiz und Italien ausgebrochen wegen der Ruitrens des italienischen Grafen Silvio...

Die Wahlrechtsbewegung hat einen völlig revolutionären Charakter angenommen. Wie wir gestern schon unter „Neuere Nachrichten“...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

und, obwohl wir unsere republikanischen Ideale nicht preisgeben wollten, würden wir ihn im Namen der Menschlichkeit und im Interesse des Landes beschwören...

In der Freitagssitzung war die Aufregung noch größer als Tags zuvor. Der Sozialist Hubin wollte den Präsidentenentwurf stürzen...

Der Leiter der Vereinigung „Die junge Garde“, Vollaert, hält man für den Anführer der Straßenkrawalle in Brüssel am Donnerstag...

Die Situation, welche die reaktionäre Regierung noch zu beherrschen glaubt, ist eine ganz gefährliche. Von den Demonstrationen sind viele Bürgerpartei...

Das „Journal du peuple“ veröffentlicht eine von Generalrat der Arbeiterpartei unterzeichnete Rundgebung an die Bevölkerung...

Das sozialistische Gemeinderatsmitglied Häsel wurde verhaftet, weil er als Bürgerpartei sich gemeldet hatte, scharfe Patronen entgegen zu nehmen...

Die sozialistischen Frauen und der Militarismus. Der Bund der sozialistischen Frauen hat ein Manifest an die Soldaten...

Ein diplomatischer Konflikt ist zwischen der Schweiz und Italien ausgebrochen wegen der Ruitrens des italienischen Grafen Silvio...

Die Wahlrechtsbewegung hat einen völlig revolutionären Charakter angenommen. Wie wir gestern schon unter „Neuere Nachrichten“...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

nicht ablassen von dem Gedanken, der das Manifest erstehen ließ, und werden sich deshalb auch in diesem Jahre nicht den Ratung nehmen lassen.

Die Arbeiterpartei von Antwerpen-Milieu (Antwerpen) sind die Bewusstseins 1. Mai wieder wie in den Vorjahren durch Festung am Vormittag mit Rede im „Zinn“, welche Genosse Schraeber aus Bramsche halten wird...

Die Situation, welche die reaktionäre Regierung noch zu beherrschen glaubt, ist eine ganz gefährliche. Von den Demonstrationen sind viele Bürgerpartei...

Das „Journal du peuple“ veröffentlicht eine von Generalrat der Arbeiterpartei unterzeichnete Rundgebung an die Bevölkerung...

Das sozialistische Gemeinderatsmitglied Häsel wurde verhaftet, weil er als Bürgerpartei sich gemeldet hatte, scharfe Patronen entgegen zu nehmen...

Die sozialistischen Frauen und der Militarismus. Der Bund der sozialistischen Frauen hat ein Manifest an die Soldaten...

Ein diplomatischer Konflikt ist zwischen der Schweiz und Italien ausgebrochen wegen der Ruitrens des italienischen Grafen Silvio...

Die Wahlrechtsbewegung hat einen völlig revolutionären Charakter angenommen. Wie wir gestern schon unter „Neuere Nachrichten“...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

lichen Eindruck auf ihn machen, der darauf schließen lasse, daß sie ihren Stande alle Ehre machen. Däte die Disziplin es gestattet, so hätte ich sicher ein allgemeines Bravo befohlen.

Die neue Ueberfahrt über den Spreckbereich der Fernsprechnetze des Oberpostdirektionsbezirks Oldenburg, bezüglich ein neues Verzeichnis der Teilnehmer an den Stadtsprechern...

Die Wahlrechtsbewegung hat einen völlig revolutionären Charakter angenommen. Wie wir gestern schon unter „Neuere Nachrichten“...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Als die Herkulaner Abgeordneten Dendis und Helber, denen die Pöbeln eingeschrieben worden sind, die Sozialisten dafür verantwortlich machen wollten...

Waarenhaus B. H. Bührmann.

Damen- und Herren-Konfektion.



Jackett, Bolero, Sacco- und Blousen-
Costume
9 bis 75 Mt.,
für Reise, Promenade,
Sport und Trauer.

Costume-Röcke

2,25 bis 80 Mt. Dieser Artikel, dem ich ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe, ist in enormer Auswahl vorrätig, daß den einfachsten wie verwöhntesten Ansprüchen Rechnung getragen ist.

Kragen und Capes

in allen Längen und modernen Stoffarten, mit Tuch- und Seidenstickerei, von 1,25 bis 75 Mark.

Enorme Auswahl in Jacketts

auf Futter, glatt verarbeitet oder mit Blenden und Applikation 6,50 bis 42 Mt.

Blousen, Jupons, Morgenröcke

in Satin, Wolle und Seide.

Sack-Paletots

mit anliegenden u. losen Rücken, 9 bis 80 Mt.

Herren-Jackett-Anzüge

Stammgarn, Cheviot, schwarz, blau, Modelfarben 12 bis 45 Mt.

Schwarze Gehrock-Anzüge

Corfscrew- u. Crepegewebe 28 bis 48 Mt.

Sommer- u. halbschwere Paletots

in hellen u. dunklen Farben 12 bis 33 Mt.

Radfahr-Anzüge.

Havelocks.

Gummi-Mäntel, Joppen.

Burschen- und Knaben-Anzüge

in enormer Auswahl.



Anfertigung nach Maass
unter Garantie für tadellosen Sitz u. Schnitt.

Unbestritten größte Auswahl am Platze!

S. Schmilowitz
Neue Strasse 8.

Gardinen

Ueberraschend große Auswahl der neuesten Muster (im Styl- u. Sezessionsgeschmack), weiß u. creme Meter 35, 45, 58, 65 bis 150 Pf., geringere Sorten von 18 Pf. an.

Spachtel-Nouveau
Spachtel-Vitrages
Spachtel-Spitzen
Nouveau-Stoffe

in allen Breiten zu unvergleichlich niedrigen Preisen.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich im Hause Alte Börsestraße 33 ein

Gemüse-, Back- u. Fettwaaren-Geschäft.

Um geneigten Zuspruch bittet **W. Ellersteck.**



Freiwillige Feuerwehr Heppens.

Einladung

zu dem am 18. April im Saale des „Tivoli“ (Sade-wasser) zu Loundeich stattfindenden

2. Stiftungs-Fest

bestehend in Konzert, Theater u. nachfolgendem Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Karten für Nichtmitglieder à 30 Pf. sind bei allen Mitgliedern und an der Kasse zu haben.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Das Festkomitee.

Zur Krone, Bant.

Donnerstag den 13. April cr.:

Tanz-Kränzchen.

Tanzabonnement 50 Pf. — Entree frei.

Es ladet ergebenst ein **C. Bellschmidt.**

Restaurant „Concordia“

Ferlängerte Börsestraße 5.

Empfehle mein neu renoviertes, auf das Elegante eingerichtete

Lokal

meinen Freunden und Gönnern zur freilichen Benutzung.

Warme Küche bis 2 Uhr Nachts.

Gleichzeitig empfehle meine Stechbierhalle, sowie mein Klubzimmer den verehrl. Besuch, zu Tischzeiten und sonst. Festlichkeiten.

N. H. Nannen.

Frw. Feuerwehr Wilhelmsbaven.
Dienstag den 15. d. M.,
Abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Vereinslofale.

— Tagesordnung: —

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Jahresbericht.
3. Rechnungsablage.
4. Rechnungen.
5. U. S. G. am Himmelhofstr. tage.
6. Abrechnung vom Stiftungsfest.
7. Dienstanweisung und Gezeirer Reglement.
8. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Kaisersaal Jever.

Heute Sonntag:

Ball.

Entree frei.

— Feenhaft elektrische Beleuchtung. —

Es ladet freundlich ein

Friedr. Duden.

la. Kanarienhähne

zu verkaufen.

H. Stürmann, Marktstr. 29b. 2. Et.

Zu verkaufen

zwei Stücke Segeltuch, passend zu einer Seltersbude oder Stechbierhalle. Näheres in der Exped. d. Bl.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden, sowie bei der Beerdigung unseres so theuren Entschlafenen, sagen wir Allen, insbesondere allen Denjenigen, welche ihr die letzte Ehre erwiesen und ihre Grab mit Kränzen schmückten, sowie Herrn Haver Rost für die tröstlichen Worte am Grabe, unseren herzlichsten Dank.

Heppens, 11. April 1902.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Familie **Hilferlo.**

Druck: Druckerei R. S. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co., in Bant.

Siehe zu 2. Blatt.

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat inkl. Frachtporto 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; auch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 5506), vierteljährlich 2,25 Mk., für 2 Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg., inkl. Postgeb.

Redaktion und Expedition:
Sant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.
Telephon-Nachruf Nr. 58.

Inserate werden die fünfspaltige Corpusspalte oder deren Raum à 11 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Expedition oder in Hubbenberg's Buchhandlung (Zur Zebelen- und Wittgensteinstraße) aufgegeben sein. Größere Inserate werden früher eingelesen.

Nr. 86.

Sant, Sonntag den 13. April 1902.

16. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Sozialisten-Kongresse in England.

Vom 29. März bis zum 1. April hielten die beiden sozialistischen Organisationen Englands ihre Jahreskongresse ab. Die Sozialdemokratische Föderation (S. D. F.) tagte in Blackburn, die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party = (I. L. P.) in Liverpool. Dann den sozialistischen Kandidaturen bei den Erntewahlen in Kanak, Densburg und Wakefield, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich lenkten, war die englische Presse gesponnen, sich brüstet mit den Verhandlungen der sozialistischen Kongresse näher zu beschäftigen. Der I. L. P. wurde mehr Beachtung geschenkt, da sie von der Presse als eine ziemlich vernünftige Arbeiterpartei betrachtet wird, während die S. D. F. als hoffnungslos revolutionär gilt, mit der vorläufig nicht zu rechnen sei. Etwas, wie diese Meinung ist, so hat sie doch ein Nördliches Wahrheits in sich. Hält sich die Leitung der S. D. F. von den wenigen Fanatikern befreit, so wird die Organisation am Impulsivismus herben. Aber auch die I. L. P. hat ihre Fanatiker, die Kompromissler am jeden Preis und die Jenen-Anhänger. Mit dieser Zerkünder würde die I. L. P. im Schutze des Liberalismus untergeben. Die Leitung beider Organisationen liegt in einer Einigung. Leider hat die I. L. P. sich vorläufig gegen eine Einigung sich ausgesprochen.

Der Kongress der S. D. F. wies 81 Delegierte auf. In den letzten sechs Monaten hatte die Organisation eine Einnahme von 648 Pfd. Sterl. und eine Ausgabe von 440 Pfd. Sterl. Außerdem wurden die Wahlkosten für die Kandidatur Luelich (Densburg) aufgebracht, die sich auf 415 Pfd. Sterl. beliefen. Der Kongress nahm u. A. folgende Beschlüsse an:

1. Der Kongress der S. D. F. in Blackburn sendet seine drücklichen Grüße an den Kongress der I. L. P. in Liverpool und spricht die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen der beiden Organisationen zu einer Konsolidierung der klaffenbewußten Sozialisten Englands führen mögen. Dieser Beschluß wurde mit 54 gegen 22 Stimmen angenommen.

2. In Erwägung, daß seit den Vor-

entscheiden sich innerhalb der Gewerkschaften eine wachsende Tendenz bemerkbar macht, in die politische Aktion einzutreten, fordert der Kongress die Mitglieder der S. D. F. auf, sich den Trades Unions anzuschließen, um die politische Aktion im sozialistischen Sinne zu beeinflussen. Ungeachtet der Tatsache, daß wir in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel das Ziel in dem bewußten unauslöschlichen Klassenkampf das Mittel der Arbeiterbefreiung sehen, befähigen wir auch fernere in ihren Verbindungen von Arbeitern im Kampfe gegen das Kapital. Obwohl wir Allianzen mit Trades Unions ablehnen, die uns auf Kandidaten und Programme verpflichten könnten, die unserer Überzeugung zuwider sind, empfehlen wir die Pflege guter Beziehungen zwischen Sozialisten und Trades Unionisten und verfahren die Unions unserer Sympathien im Kampfe für bessere Arbeitsbedingungen und unserer herzlichsten Mitarbeiterchaft, sobald sie bereit sind, im sozialistischen Sinne vorzugehen.

Dieser Antrag wurde vom Genossen Luelich im Namen der Parteileitung eingebracht und verteidigt; er wurde mit 70 gegen 7 Stimmen angenommen. Ein Gegenantrag auf Gründung von besonderen sozialistischen Gewerkschaften wurde mit 71 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

3. Der Kongress verurteilt die entstehende antisemitische Bewegung, die sich als eine Agitation gegen die Fremdenwanderung bemerkbar macht. Er protestiert gegen jeden Versuch, das Kapital zu einschränken.

Angenommen mit 69 gegen 4 Stimmen. Einstimmig beschloffen wurde die Aufstellung von vier Kandidaten der S. D. F. bei den nächsten Hauptwahlen.

Der Kongress der I. L. P. wurde von 109 Delegierten besucht. Ein Finanzbericht wurde der Öffentlichkeit nicht übergeben. Der Vorsitzende Mr. Bruce Weller gab eine Uebersicht über die politischen Vorgänge des abgelaufenen Jahres und sagte u. A.: „In den Verhältnissen in Südafrika kommt noch die Invasion des amerikanischen Kapitals. Den industriellen Niedergang will man den Gewerkschaften zuschieben, aber diese Anlage ist grundlos. Eine der ernstlichsten Erscheinungen des sozialen Fortschritts ist die Entwicklung der municipalen und staatlichen Unternehmungen. Die Tatsache, daß England sich sozialisiert und gleichzeitig den

theoretischen Sozialismus verleugnet, beweist, daß der Sozialismus ein Teil des Lebensprozesses geworden ist. Wir bewundern mehr als je die Aufopferungsfähigkeit und den Mut der Arbeiter und wir sind entschlossen, ihm treu zu bleiben. Durch das Wirken der I. L. P. sind „Arbeiter“ und „Sozialisten“ beinahe synonyme Begriffe geworden und in Kurzem werden sie unauslöschlich sein.“

Resolutionen wurden angenommen: 1. gegen die neue Schulordnung, die die besonders gewählte Schulkommission beseitigt; 2. gegen den südafrikanischen Krieg, die Konzentrationslager, die Annexion der beiden Republiken; 3. gegen die Wiedereinführung des Schutzpolizisten; 4. für die Ausdehnung des Gesetzes betr. Arbeiterunfälle; 5. für die Municipalisierung der Schonhäuser.

Ein Antrag auf Einigung der I. L. P. mit der S. D. F. wurde mit 69 gegen 40 Stimmen verworfen.

In seinem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit sagte Reir Garbie: „Es giebt keine besondere Arbeitergruppe im Parlament. Manche Arbeiterabgeordnete wollen eine solche nicht haben. Die Folge ist, daß keine Verbindung zwischen Gewerkschaften und Arbeitervertretern besteht; ferner, daß die Kampffähigkeit der letzteren eine schwache ist.“ In Bezug auf Indien meinte der Redner, daß die Lage der indischen Bauern eine immer schlechter wird. Es wäre überhaupt besser für Indien, wenn es von England in den Besitz Rußlands überginge.

Überdliches.

Militärische Zwangsimpfung. Vor dem Schöffengericht in Dresden spielte sich vor einigen Tagen ein allgemein interessierender Verhandlungsprozess ab. In der in Dresden erscheinenden Zeitschrift „Der Impfgegner“ erschien im Juni 1901 ein Artikel, der sich mit einer Impfung, die am 15. April vor. Jahres beim Hannoverischen Füsilierregiment Nr. 73 stattfand, in kritischer Weise beschäftigte. Der Chef dieses Regiments ist Generalleutnant Prinz Albrecht von Preußen. In dem Artikel, der mit Paul Gottgetreu unterzeichnet ist, wird vier Hannoverischen Militärärzten der Vorwurf gemacht, daß sie bei einer vorgenommenen Impfung von Einjährigen vorwärtsmäßig gehandelt, unlauber verfahren seien usw. So heißt es u. A. in dem Artikel:

„Es ist geradezu unerklärlich, daß die Gelehrten, welche die Person jedes Staatsbürgers für unentziehbar erklären, so mit Fügen ge-

treten werden. Es ist schimpflich, daß manche unserer Militärärzte so jeder Idee von Hygiene, mit der doch so viel gepunktet wird, Hohn sprechen, daß sie eine solche — nun, nennen wir es deutlich, „Schweineerei“ zulassen.“

Nachdem noch davon die Rede ist, daß in einer halben Stunde 50 Mann „impfgerichtet“ wurden, wird noch gesagt: „Ein derartiges Verfahren ist Hohn auf jeden Begriff von Menschlichkeit. Kann denn ein solches gezwungenes Vorgehen von unseren obersten Staatsbehörden gut geheißen werden? Die Militärimpfung überhaupt ist gezwungen, aber eine solche schmutzige Impfung ist geradezu ein Attentat gegen die Gesundheit, gegen welche die Staatsgewalt einschreiten müßte.“ Wegen dieses Artikels wurde Strafakt gestellt sowohl gegen den als Verfasser ermittelten General Agenten Paul Gottgetreu in Hannover, als auch gegen den verantwortlichen Redakteur der erwähnten Zeitschrift Wilhelm Ferdinand Wessel in Dresden. Als Sachverständiger war Medizinalrath Dr. Chasthöns, der Leiter des städtischen Impfwesens in Dresden, geladen. Als einziger Zeuge war der Sohn des Angeklagten Gottgetreu erschienen, der beim erwähnten Regiment als Einjähriger diente und jene Impfung mit durchmachte. Der Angeklagte Gottgetreu bemerkte zur Sache: „Er habe durch seinen Sohn von den Vorgängen erfahren. Danach hatte die Kompagnie, bei der er eingestellt war, am fraglichen Tage bis elf Uhr Vormittags exerziert und zwar derartig, daß wenigstens die Weichen der Mannschaften erhöht waren. Ohne daß den Leuten vorher etwas mitgeteilt worden sei, habe es plötzlich geheißen, um halb zwölf Uhr finde ärztliche Revision statt. Ohne irgendwem einen Befehl, sich zu reinigen, erholten zu haben, seien 147 Mann in drei Reihen innerhalb einer halben Stunde geimpft worden. Nach der Berechnung könnten auf den einzelnen Mann höchstens 1/4 Minuten zum Waschen des Impfstoffes genommen sein. Statt eine gründliche Reinigung wenigstens der Impfstellen vorzunehmen, seien die Stellen nur mit einem sechsten Lappen abgewischt worden, und zwar mindestens sechs oder sieben Mann mit demselben Lappen. Auch der Behandlung der Impfstellen sei die nötige Sorgfalt unmöglich zu Teil geworden. Endlich habe man auch die Impfstellen resp. Wunden nicht nach vollkommener Impfung bedeckt, sondern man habe ruhig jeden sein durchschweigend oder gar schmutzig & dem wieder darüber stehen lassen. Ueber dieses ganze, nach seiner Meinung voll-

stückerherrschaft ist keine Rede mehr. Wir alle sind Arbeiter der Freiheit.“

„Bravo! Bravo!“

„Man verlangt die Lauterkeit der Wahlen. Ist das allgemeine Stimmrecht auf breiterer Grundlage nicht die erste Erfordernis-Condition des Kaiserreiches? Ohne Zweifel empfiehlt die Regierung ihre Kandidaten. Aber unterläßt die Revolution nicht auch die thigen mit einer schamlosen Frechheit? Man greift uns an, wir vertheidigen uns, nichts kann gerechter sein. Man möchte uns fesseln, uns die Hände binden, uns einen schlaffen Körper machen. Das werden wir uns niemals gefallen lassen. Aus diebe zum Vaterland werden wir immer da sein, um ihm zu rufen und zu sagen, wo seine wahren Interessen liegen. Es bleibt aber selbst unumstößlicher Herr seines Schicksals. Es stimmt ab und wir bewegen uns vor seinen Stimmen. Die Mitglieder der Opposition, welche dieser Verklammerung angehören, wo sie volle Redefreiheit genießen, sind ein Beweis unseres Respektes für die Sprache des allgemeinen Stimmrechts. Die Revolutionäre mögen sich an das Land halten, wenn dasselbe mit erdrückender Majorität das Kaiserreich verlangt. . . Im Parlamente hat heute alle Hindernisse einer freien Kontrolle beseitigt. Der Herrscher wollte der großen Staatsdiktatur einen mehr unmittelbaren Anteil an seiner Politik einräumen und einen skandalösen Beweis seines Vertrauens geben. Sie können künftig die Handlungen der Regierung erörtern, Verbesserungsvorschläge stellen, motivierte Beschlüsse fassen. Jedes Jahr wird die Adresse gleichsam ein Erdbeben

Arbeiter! Denkt an den 1. Mai!

Erzellen! Kaugon.

Roman von Emilie Pola.

(129. Fortsetzung.)

Wachhund verboten.

Alsdann beruhigte Kaugon die Kammer durch eine Handbewegung und gelüft mit beiden Händen auf den Rand der Tribüne wandte er sich mit der Miene eines verfolgten Oben gegen die Link.

„Ich werde darauf nicht antworten“ erklärte er ruhig.

Doch das war nur die Einleitung. Obgleich er versprochen hatte, die Ausführungen des Redners von der Linken nicht zu widerlegen, trat er doch sofort in eine sorgfältige Erörterung ein. Er begann mit einem Exposé der Argumente des Gegners; er that dies mit einer Art Rhetorik, mit einer Unparteilichkeit, die eine ungeheure Wirkung ausübte, gleichsam als adte er alle die besten Gründe gering und sei bereit, sie mit einem Daube wegzulassen. Dann schien er zu vergeffen, daß er sie hatte bekämpfen wollen, er beantwortete keinen einzelnen, er warf sich auf den Schwächen unter ihnen mit einer unerschönten Deutlichkeit, mit einer Fluth von Worten, worin er ihn erschickte. Man klatschte Beifall, er triumphierte. Sein bieder Körper füllte die Tribüne aus. Seine Schultern folgten in ihrem Wogen dem Auf und Ab seiner Sätze. Er benutzte eine banale, inoffizielle, nach Rechtsfragen fragende Werbeformat; er ließ Gemeinplätze auf und ließ sie als Domerschläge plagen. Er entfechtete und schäumte von sinnlosen Worten. Seine

einige Ueberlegenheit als Redner bestand in seinem Athem, einem unermeßlichen, unermüdlichen Abwärtig, der, die Sätze wogend, Hundlung prächtig dahinfließ, ohne sich darum zu kümmern, was er eigentlich besagte.

Nachdem Kaugon eine Stunde ohne Unterbrechung gesprochen hatte, trat er einen Schluß Wasser und pustete ein wenig, während er die vor ihm liegenden Notizen ordnete.

„Auchen Sie sich aus!“ sagten mehrere Abgeordnete.

Doch er fühlte sich nicht ermüdet und wollte zu Ende kommen.

„Was verlangt man von Ihnen, meine Herren?“

„Hört! hört!“

Tiefe Stille trat wieder ein und alle Gesichter wandten sich ihm in stummer Aufmerksamkeit zu. Wenn er bei manchen Stellen seine Stimme erhob, dann ging eine Bewegung durch die Kammer, als lege der Sturm über die Versammlung hin.

„Man verlangt von Ihnen, meine Herren“, fuhr Kaugon fort, „daß Sie das Gesetz über die allgemeine Siderheit abschaffen sollen. Ich werde nicht an die fuchwürdige Stunde erinnern, da dieses Gesetz eine notwendige Waße war; es galt, das Land zu beruhigen, Frankreich vor einem neuen Zusammenbruch zu retten. Heute steht die Waße in der Scheide. Die Regierung, welche sich ihrer fests mit der größten Klugheit, ich würde selbst sagen, mit der größten Mühsamkeit bedient hat . . .“

„Sehr richtig!“

„ . . . sie merdet dieselbe nur noch in gewissen, seltenen Ausnahmefällen an. Das Gesetz bedrückt Niemanden mehr, höchstens die Sektierer, welche noch die heilige Theokratie nähren, zu den schlimmsten Tagen unserer Geschichte zurückkehren zu wollen. Gehen Sie in unsere Städte, gehen Sie auf unsere Dörfer, überall werden Sie Frieden und Wohlstand finden; fragen Sie die ruhigen und friedlichen Bürger, keiner fühlt auf seinen Schultern die Last jener Ausnahmefälle, die man uns als ein so großes Verbrechen anrechnet. Ich wiederhole es, in den väterlichen Händen der Regierung schämen sie nach wie vor die Gesellschaft gegen ruchlose Anschläge, welche künftig übrigens unmöglich von Erfolg sein können. Die anständigen Leute haben keinen Grund, sich wegen dieser Gesetzliche Sorge zu machen. Lassen wir sie ruhen, wo sie sind, bis zu dem Tage, da der Herrscher selbst sich abzuschaufen für gut gehalten wird. . . Was verlangt man weiter von Ihnen, meine Herren? Die Lauterkeit der Wahlen, die Freiheit der Presse und alle sonstigen Freiheiten! Ah! lassen Sie mich verneinen im Anbilde der großen Dinge, welche das Kaiserreich bereits geschaffen hat. Nings um mich her, wohin ich meine Augen werde, sehe ich die öffentlichen Freiheiten wachsen und reiche Früchte tragen. Ich bin tief bewegt, Frankreich, das so erndigbar war, erhebt sich und bietet der Welt das Beispiel, wie ein Volk seine Conderstellung sich durch sein gutes Betragen erzieht. In dieser Stunde sind die Tage der Prüfung vorüber. Von einer Diktatur, von einer

Julius Schoffeks Rechts-Bureau

Bureau für Grundstück- und Hypotheken-Angelegenheiten
beindet sich Mittelstr. 9, b. Amtsgericht Küfingen,
vis-à-vis Möbelhändler Krebs.

Bekanntmachung.

Wegen Bormahme der Pfändung und Auktionation werden vom 12. d. Mts. ab die Mühlenstraße und die Gärststraße, letztere vom Garnison-Friedhofe an in der Richtung nach Norden, sowie der breite Weg bis auf Weiteres für Fuhrwerk gesperrt.
Dreppens, den 9. April 1902.

Der Gemeindevorsteher.
Athen.

Immobil-Verkauf.

Am Auftrage habe ich ein an besserer Lage in der Gemeinde Bant belegenes

Hausgrundstück

mit sehr hohem Mietsertrag unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen.
In dem Hause wird seit Jahren ein flottgehendes

Milch-Geschäft,

welches sammt dem Inventar und den vorhandenen Milchkühen mit übernommen werden kann, betrieben.
Zu jeder näheren Auskunft bin ich gerne bereit.
Neubrunn, den 4. April 1902.

A. Tannen, Recheningsteller,
Grenzstraße 33.

Brautleuten

bietet sich Gelegenheit, ihren Bedarf an Möbeln zu decken, event. ihren Haushalt zu kompletieren. — Als besonders preiswerth empfehle selbstangefertigte Kleider, Küchen- und Nachtschürzen, Bettstellen mit und ohne Matrassen, Stühle und Küchentische und Stühle.

Sämmtliche andere Möbeln werden in kürzester Frist angefertigt.

C. Lambrecht,

Gan- und Möbelfabrikerei,
Bant, Neue Wilhelmshof Str. 82
(Hinterhaus).
NB. Eine gebrauchte Laden-einrichtung daselbst billig zu verkaufen.

Von

Korken, Würfel, Korksohlen, Bier-Unterfäßen

aus der Kloppenburger Korkenfabrik halte stets großes Lager und empfehle billigst.
C. Sadewasser, Wilhelmshaven.

Stofffarben

zum Färben u. Aufbärten von Kleidern und Möbelstoffen, Bändern, Wägen etc. sowie Handschuhfarbe empfiehlt

Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 16, und Drogerie zum
Rothem Kreuz in Bant.

Roth-, Leber- u. Süßwurst

5 Pfd. für 1,50 Mk., 3 Pfd. für 1 Mk. empfiehlt

E. Langer,
Neue Straße 10.

Die alt renommierte Rauch-, Tabak- und Cigarren-Fabrik

J. D. Schieferdecker i. Varel i. O.
gegründet 1837.

Inhaber G. Emenhöfel,
empfiehlt hiermit den geehrten Konsumenten ihre beliebigen und lang bewährten Tabakfabrikate. — Es hältlich in den meisten Kolonialwaren- und Cigarren-Spezial-Geschäften etc.

Tonhallen = Friedrichshof Ostfriesenstrasse. Peterstrasse.

Heute sowie jeden Sonntag:

Großer öffentl. Ball

Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., wofür Getränke.

Die ausgegebenen Entreekarten haben für beide Lokale Gültigkeit.
Es ladet freundlichst ein Die Direktion: Willmann.

Sadewasser's „Tivoli“.

Heute Sonntag:

Großer öffentlicher Ball

in meinem prächtig decorirten und elektrisch erleuchteten Saale.
Es ladet freundlichst ein C. Sadewasser.

Rüstringer Hof.

Heute Sonntag:

Großes Tanz-Kränzchen.

Anfang 4 Uhr
Neu! H. H. Menck-Walzer. Von 11—12 Uhr: Große Polonaise.
Familien besuche ich mich ergebenst dazu einzuladen.
Chr. Sauerwein.

Elysium zu Neuende.

Heute Sonntag:

Großer öffentlicher Ball.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Joh. Folkers.

Schützenhof Bant.

Heute Sonntag:

Grosser öffentl. Ball.

Anfang Nachmittags 4 Uhr. Tanzabonnement 1 Mk.
Eintritt 30 Pf., wofür Getränke.
Um zahlreichem Besuch bittet C. Hahn.

Colosseum, Bant.

Heute Sonntag:

Großer öffentlicher Ball

bet großem Orchester.
Anfang 4 Uhr. Tanzabonnement 1 Mk.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
C. H. Cornelius.

Reiners Möbel-Magazin,

Kieler Straße 76
empfiehlt komplette Zimmer-Einrichtungen sowie Ergänzungs-Möbel zu billigst gestellten Preisen.

Oldenburg. Heinrich Biel

— Restaurant —
Donnerschweer Straße 16.

Eine saubere Frau

sucht Beschäftigung im Waschen, Reinmachen etc., event. auch als Wartefrau.
Franz Münke, Bant, Bantter Weg 1.

Zu vermietthen

zum 1. Juli oder August 1902 dreiräumige Wohnungen, ferner auf logisch ein schön möbl. Zimmer.
Bel. Peterstraße 34, part. I.

Zu verkaufen

mehrere Hauskinder (Franz. Widder) wegen Aufgabe der Zucht.
Georg Suddenberg, Thellenstr. 18.
Gesucht auf sofort ein kräftiger

Lehrling.

H. Diedmann,
Luf- und Wagenschmiede
Oldenburg i. Gr.

Klein- und Großhuchten

von 14 bis 18 Jahren kann noch gute Verhältnisse (Landwirtschaft) nachweisen.
H. Götken, G. Sandermaier,
Feldwarden, bei Wilhelmshaven.

Gemüse- u. Blumen- Gärereien

in feiner, keimfähiger Qualität,
empfiehlt

Rich. Lehmann,
Bismarckstraße 15, und Drogerie zum
Rothem Kreuz in Bant.

Betten! Betten!

Für 12 Mk. liefert ein fertiges Bett

(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit neuen Matzecken.
Bette 15, 17, 20, 26, 30, 35, 42, 45, 55 und 63 Mark.

Einzeln Ober- oder Unterbetten

8, 10, 12, 14, 50, 17, 22 Mark

Einzeln Kissen

1,75, 2, 2,75, 3, 4 und 4,50 Mark.
Preiskatalog gratis.

Herrn. Högemann

Wilhelmshaven.

Junge Mädchen

können das Schneidern sowie Zuschneiden und Zeichnen gründlich erlernen bei

Frau A. Carstens,
Neue Wilh. Straße 36, 1. Et.

G. Schmidt, Uhrmacher,

Neue Wilh. Straße 68

Reparaturen

jeder Art an Wand- und Taschenuhren d. billigsten Preisen unter Garantie.



Schnäckels Beerdigungs-Institut

Neue Wilh. Straße 11.

Großtes Sargmagazin am Plage. Bietet nur in eigener Werkstatt angefertigte Särge, sowie sämtliche Zeichen-Beerdigungsgegenstände.

Übernahme ganzer Beerdigungen, auch nach auswärt.

Für Zahnfranke

bin ich jeden Tag (außer Dienstag), Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachm. von 2 bis 8 Uhr zu sprechen.
Spezialität: Künstl. Gebisse, wofür ich jede Garantie übernehme.

F. Thoms,

Neue Wilh. Straße 31,
Eingang Meyer Weg.

Gründl. Unterricht

im Zeichnen, Ausschneiden und Schneidern nach der neuesten, preisgekrönten Borchers'schen Methode. Bierwöchentlich, Kursum bei täglich 7 Stund. Unterricht 12 Mk. Jede Schülerin arbeitet sofort nach Beendigung der Zeichnungen für sich. — Ausbildung, bis zur größten Selbstständigkeit unter Garantie.

Frau W. Sachmeister,
Wohnr. vom 1. Januar ab
Verl. Börsestraße 16.



Schwiétrings

Schreib- u. Handelslehrantalt
Koonstrasse 76a.

Gründl. Schnellföhrer. Unterricht im Schön- und Schnellföhrer nach unübertreffl. vielfach präm. Methode. Föhrerführung (inkl. Föhrerabst. u. ähnl. Gebirg- u. Verfüßl.), Rechnen, Korrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben etc.

Besondere Damen-Kurse.
Eintritt und Anmeldung jederzeit.
Prospekt gratis und franco.

Naturheilverfahren

von Friedr. Janssen
Bant, Mitscherlichstrasse 28.

Ausser allen erfolgreichen Anwendungen der Naturheilkunde kommen zur Anwendung:
Feinere Ernährung, Nerven- und Schleimhaut-Massagen;
Elektrizität, „Libana“, weich, mild und anregend, ohne lästige Erscheinungen hervorzurufen, nerv. Zahnschmerzen etc. gewöhnlich in 1 Sitzung beseitigend;
Magnetismus; besonders bei geschwächten Personen gute Dienste leistend;
Hypnose; bei üblen Angewohnheiten, Platzangst etc.
Sprechzeit: Vormittags 8—10 Uhr, Nachmittags 9—8 Uhr.

Elisen-Bad

Kieler Straße 71.

Beste und größte Kur- und Massage-Anstalt am Plage.

Es werden verabreicht für Damen und Herren: Bannens- und Sitzbäder, Kuffische u. reich römische Bäder, sowie kalten-Dampfbäder, Kohlenäure, Sool-, Stahl-, Schwefel-, Tannen- und Nadelbäder, jedoch müssen letztere ärztlich verordnet sein. — Massage, Dittgenmasse, Akkure und Elektriken, sowie alle ähnl. Vorrichtungen werden sachgemäß ausgeführt.

Th. Steinweg, Fr. Steinweg
Waffur. Waffur.

Sarg-Magazin

W. Krause, Freudenthal Nachf.
Neue Wilh. Straße, neb. d. Post.

Maifeier für die Arbeiterschaft von Bant-Wilhelmshaven und Umgegend am Donnerstag den 1. Mai 1902.

Morgens präzise 8 Uhr: Großer Festzug

unter Begleitung von zwei Musikkapellen (wie im Vorjahre). Sammelpunkt Morgens 1/8 Uhr in der Arche zu Bant.
Festredner: Chr. Schrader aus Bramsche.

Abends pünktlich 8 Uhr in der „Arche“ und im „Tivoli“:

Allgemeine Feier mit Konzert, Gesang, Theater und turnerischen Aufführungen.

Festredner: Chr. Schrader-Bramsche und C. Duden-Bant. Von Abends 11 Uhr ab: **BALL.**

Arbeiter, Parteigenossen! Männer und Frauen! Wer von Euch die Arbeit ruhen lassen kann am Mattag der Arbeit, der thue es. Wer es nicht kann, der versäume nicht, zur allgemeinen Feier zu erscheinen. Wie bisher, so muß auch in diesem Jahre die hiesige Arbeiterschaft den Maifeiertag so imposant wie möglich begehen. Es gilt auch diesmal wieder, würdig für den Achthundentag, den Arbeitersfuß und die Solidarität der Arbeiter aller Länder zu demonstrieren.

An diejenigen organisierten Arbeiter, denen es nicht möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen und die doch ihre Solidarität bekunden wollen — ja dazu verpflichtet sind — werden von den Gewerkschaftsnorkänden Ratmarken à 50 Pf. ausgegeben. Die organisierten Arbeiter, welche am Festzuge teilnehmen, werden erucht, ihre Mitgliedskarten oder Mitgliedsbücher mitzubringen, um den Theilnahmevermerk eintragen zu lassen. — Am Festzug teilnehmen kann Jedermann.

Arbeiter, Genossen! Küßel zum Maifest der Arbeit! Die Maifeier-Kommission.

Ein komplet eingerichtetes Cigarren-Geschäft

verbunden mit Kurz- und Papierwaaren, mit feiner Kundenschaft, ist anderweitiger Unternehmungen halber sehr preiswerth zu verkaufen. Dasselbe eignet sich für einen jungen verheiratheten Mann sehr gut als Nebenbeschäftigung. Laden nebst Wohnung können nach Belieben angetreten werden.

Wo, sagt die Exped. d. Blattes oder gest. Offerten unter **W. G. H. 2** daselbst erbeten.

Verband deutscher Maler.

Am Sonntag den 13. April er.:

Großes Tanzkränzchen

im Vereinshaufe „Zur Arche“ (Gemeinl.).

Anfang 1/2 Uhr. — Tanzdommelt 1 Mal. Eintritt 10 Pf. Entree 30 Pf., wofür Getränke.

Zum Schluß: Gratis-Verloosung einer Standuhr.

Ein einmaliger Ueberblick wird zu Gewerkschaftsmitgliedern verwendet. Die Gewerkschaftsmitglieder und Genossen, sowie sonstige Freunde und deren Angehörigen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Möbeln mit Creditbewilligung zu staunend billigen Preisen.

Ich laufe prinzipiell nur gegen Kasse und bin dadurch in der Lage, ganze Wohnungs-, Hotel- und Restaurations-Einrichtungen, sowie einzelne Möbel zu billigen Preisen auf Teilzahlungen wieder verkaufen zu können.

Bei sofortiger Barzahlung gewähre 5 Proz. Rabatt.

Der Versandt nach auswärts geschieht unter Garantie prompt und franco. Das Aufpoltern von Matratzen und Sophas, sowie das Aufpoltern von Möbeln wird in eigener Werkstatt prompt und sauber ausgeführt.

Fr. Diez, Börsenstraße 16,
am Marktplatz, Essaf.

Oldenburgische Vereinsbank. Bruns & Co., Oldenburg i. Gr.

— Gegründet 1893. —

Wir vermitteln unter Ertheilung jeder wünschenswerthen Auskunft den An- u. Verkauf von Werthpapieren, nehmen Gelder zur Verpfändung mit ganzjähriger, halbjähriger und vierteljähriger Kündigung entgegen und vergüten für Einlagen auf **Check-Konto** 3 0/10 p. a.,

auf **Konto-Guth** mit halbjähriger Kündigung 5 0/10 p. a.

fest

G. Schmilowik 8 Neue Strasse 8.

Große fertige Betten

Oberbett, Unterbett und Kopfkissen, aus federreichem Insekt, mit frischen, bestgereinigten Federn gefüllt, 11, 15, 20, 27, 60, 33, 38, 50, 45 bis 90 Mt.

Bettfedern

Bünd 35 Pf., 50 Pf., 1.00, 1.35, 1.75 Mt.

Halbdauen und Dauen

Büd. 2.25, 2.75, 3.50, 4.00 bis 6.00 Mt.

Theater in Bant Colosseum.

Sonnabend den 12. April:

3. Gastspiel

des Wilhelmsh. Stadttheaters

Direction: Wilh. Bendiner.

Ein Nachtlager in Granada.

Oper in 3 Akten von Strouss.

Hierauf:

Die schöne Galathé.

Opérette von Suppé.

Orchester: Kapelle der 2. Matrosen-Div.

Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Preise der Plätze: Sperrplatz 1.50 Mt.,

Borretauf 1.25 Mt., 1. Platz 1 Mt.,

Borretauf 75 Pf., 2. Platz 75 Pf.,

Borretauf 60 Pf., Gallerie 50 Pf.,

Borretauf 40 Pf.

Borretauf im Restaurant Colosseum

und im Cigarren-Geschäft von G. Meyer.

Die Direction.

Begräbniskasse der Maurer

in Wilhelmshaven u. Umgegend.

Sonntag, 13. April d. J.,

Nachm. 3 Uhr:

General-Versammlung

in G. Wagners Lokal „Ruffhäuser“.

— Tagesordnung: —

1. Legung der Jahresrechnung und

Annahme derselben.

2. Wahl des Rechnungsprüfers.

3. Wahl des Vorstandes.

4. Allgemeine Kassenerlegenheiten.

5. Legung der Beiträge u. Aufnahme

neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Gemeins. Ortskrankenkasse

der Maurer u. Steinbauer

Wilhelmshaven.

Am Mittwoch den 16. April,

Abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im „Ruffhäuser“ (G. Wagner).

— Tagesordnung: —

1. Wahl der Krankenkassener und

Kontrollreue.

2. Legung der Jahres Rechnung und

Annahme derselben.

3. Beschlußfassung über Statuten-

Änderung betr. § 13, § 18, § 19,

18, 26, 27.

4. Allgemeine Kassenerlegenheiten.

Der Vorstand.



Regulateure

und Freischwinger sowie sonstige Wanduhren kauft man stets am billigsten und findet man in großer Auswahl bei

Chr. Schwardt,

Uhrmacher.

Achten Sie bitte genau auf meine Preise.

Verkaufe nur gegen baar.